

7/89 - Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

CDU - die Kraft der Mitte

Von Helmut Kohl

Wir — die CDU — müssen den Begriff der „Mitte“ offensiver vertreten als bisher. „Mitte“ signalisiert ein Programm, mehr noch: eine Wertentscheidung. Bereits die zentrale Grundlage unserer politischen Programmatik — das christliche Bild vom Menschen — umreißt eine Position der Mitte oder, anders gesagt, des menschlichen Maßes: Wir nehmen die Menschen so, wie sie sind — jenseits von totalitärer Menschenverachtung oder idealisierender Überforderung.

Kraft zur Integration

Nur aus der Mitte heraus können unterschiedliche Interessen zum Ausgleich gebracht werden. Die Kraft der Mitte, die Kraft zur Integration, ist das Lebenselixier der Demokratie. Sie überwindet Gegensätze in einer behutsamen Dynamik und gibt unserer Gesellschaft die innere Balance.

Wer — wie die CDU — den Weg der Mitte geht, macht es sich nicht leicht. Sich zur Mitte bekennen, heißt: Grundsatztreue mit Offenheit und Sensibilität verbinden — sowie die Fähigkeit zum Kompromiß bewahren. Dies alles verdichtet sich im Begriff der „Union“ — und in diesem Sinne haben CDU und CSU seit ihrer Gründung auch gewirkt: Sie haben dazu beige-

(Fortsetzung auf der nächsten Seite)

HEUTE AKTUELL

● Helmut Kohl

Rot-grünes Bündnis setzt in Berlin alles aufs Spiel, was wir neu aufgebaut haben.
Seite 4

● Ältere Menschen

Selbständigkeit und gewohnte Lebensumwelt so lange wie möglich erhalten. Seite 6

● Ausbildung

BAföG: Freibeträge für Familien mit mittleren Einkommen deutlich anheben. Seite 9

● Krankenversicherung

Die Gesundheitsreform greift. Seite 11

● Europa

„Euro-FBI“ soll in Zukunft international arbeitenden Tätern das Handwerk legen.
Seite 13

● Umweltschutz

Umweltschutz muß Chefsache werden. Seite 15

● Dokumentation

Grenzenlose Umwelt — „Nur gemeinsam kann Europa die Umwelt schützen“. „Europäisches Umweltforum“ im Konrad-Adenauer-Haus. Grüner Teil

tragen, die Trennung der Konfessionen zu überwinden, sie haben Menschen aus allen Regionen, allen Altersgruppen und allen sozialen Schichten zusammengeführt.

Aus diesem Verständnis heraus haben wir — die CDU als moderne Volkspartei — in den vergangenen Jahren **die Politik der Mitte** gestaltet:

● Es ist gemeinsame Überzeugung der **westlichen Wertegemeinschaft**, der wir unwiderruflich angehören:

Durch die ausgewogene Verbindung von Sicherheit und Entspannung schützen wir Frieden **und** Freiheit. Wir halten fest an der unverzichtbaren Balance zwischen Wahrung der Sicherheit einerseits und den Bemühungen um mehr Abrüstung und Zusammenarbeit andererseits. Wir loten realistisch die Chancen aus, die die neuen Entwicklungen im kommunistischen Machtbereich bieten — ohne deshalb in illusionäre Schwärmerei zu verfallen.

● Auch unser Weg in eine **europäische Zukunft** wird ein Weg der Mitte sein müssen — und damit ein Weg der Fortentwicklung mit Augenmaß. Nur so werden wir zum Beispiel den großen europäischen Binnenmarkt vollenden, nur so werden wir auch unsere Bundesrepublik Deutschland auf diese Herausforderung vorbereiten können. In einem freien und vereinten Europa wollen wir die Freiheit und Einheit aller Deutschen verwirklichen. So erfüllen wir den Auftrag unseres Grundgesetzes, das uns gleichermaßen auf beide Ziele verpflichtet: die Einheit der Nation wie das vereinte Europa.

● Unsere **Umweltpolitik** zielt auf eine Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, wie sie nur die Soziale Marktwirtschaft leisten kann. Wir schützen unsere Umwelt, ohne deshalb den radikalen Ausstieg aus der Industriegesellschaft zu propagieren — anders als die Grünen und Teile jener SPD, die zur Zeit ihrer Regierungsverantwortung doch gerade auf diesem Gebiet so kläglich versagt hat.

● Ein Beispiel für Ausgleich und Augenmaß bietet auch unsere **Haushalts- und Finanzpolitik**: Wir verbinden die Finanzierung unabewisbarer neuer Aufgaben etwa in der Europapolitik mit dem größten Steuersen-

“ Die Union als moderne Volkspartei hat Menschen aus allen Regionen, allen Altersgruppen und allen sozialen Schichten zusammengeführt. ”

kungsprogramm in der Geschichte unserer Republik — ohne dabei die Konsolidierung des Bundeshaushalts zu vernachlässigen. Die Politik der Mitte — gleichermaßen solide und schöpferisch — steht so auch für Stabilität und Verlässlichkeit.

● Nicht zuletzt in der **Ausländerpolitik** geht es immer wieder um die Erhaltung der notwendigen Balance. Wir wollen auch in Zukunft all jenen Asyl gewähren, die politisch verfolgt sind — dies gebietet schon das christliche Verständnis von der Würde des Menschen —, aber wir können nicht jenen, die aus rein wirtschaftlichen Gründen zu uns kommen, eine Heimstatt bieten. Die Bundesrepublik

Deutschland ist kein Einwanderungsland, und soll es auch nicht werden.

● Die **Gesundheitsreform** war notwendig, um die dramatisch ansteigenden Gesundheitskosten — und damit auch die Lohnnebenkosten — einzuschränken sowie die Eigenverantwortung zu stärken. Wir müssen unseren Platz im Europa der Zukunft sichern.

Es geht aber nicht zuletzt um einen neuen Interessenausgleich. Wir bauen unseren Sozialstaat im Zeichen sozialer Gerechtigkeit um — zugunsten der Pflegebedürftigen etwa, für die wir gemeinsam mehr als bisher sorgen müssen.

● Die besorgniserregende demografische Entwicklung drohte das Gefüge unseres Rentensystems zu erschüttern: Mit der **Rentenreform** ist es uns gelungen, einen sozialen Ausgleich zwischen den heute Erwerbstätigen und den Generationen unserer Kinder und Enkel zu finden.

● Auch in unserer **Familienpolitik** steht die Frage eines verbesserten Ausgleichs im Mittelpunkt — eines Lastenausgleichs zugunsten der Familie. Durch eine Stärkung der Familie — des ersten und unmittelbaren Ortes der Sinnvermittlung und Geborgenheit — gewinnt unsere Gesellschaft auch an innerem Halt. Wer sich der Position der Mitte verpflichtet weiß, darf mit Radikalen von links oder rechts nicht zusammenarbeiten. Hier verweigert sich die SPD der demokratischen Verantwortung. Um so mehr stehen CDU und CSU in der Pflicht, Kurs zu halten und für die nachfolgenden Generationen die Zukunft zu gewinnen.

Aufruf an die hessischen Wähler

Anlässlich eines Treffens mit dem Bundesvorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, verabschiedeten am 1. März 1989 über 80 führende Kommunalpolitiker von CDU und CSU folgenden Aufruf an die hessischen Wähler:

„Den Kommunalwahlen in Hessen am 12. März 1989 kommt gerade nach dem Wahlergebnis in Berlin eine besondere Bedeutung zu. Der Wortbruch der Berliner SPD und das sich anbahnende rot-grüne Bündnis machen schlagartig deutlich, vor welcher Alternative die Wähler stehen: Sie müssen sich entscheiden zwischen der berechenbaren Politik der Union und dem Abenteuer einer Zusammenarbeit der SPD mit einer Partei, deren Verhältnis zu Grundsätzen unserer rechtsstaatlichen Demokratie nach wie vor unklar ist.“

Unsere Städte, Gemeinden und Kreise dürfen kein Experimentierfeld für Radikale und Gegner unserer Gesellschaftsordnung sein.

Die Bürgerinnen und Bürger Hessens sind die ersten, die nach der Berliner Wahl ihre Stimme abgeben. An sie richtet sich unser Appell für den 12. März:

Geben Sie den Radikalen von links und rechts eine klare Absage!

Zeigen Sie den Sozialdemokraten, was Sie von einem rot-grünen Bündnis halten!

Geben Sie Ihre Stimme der CDU!“

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Rot-grünes Bündnis setzt in Berlin alles aufs Spiel, was wir neu aufgebaut haben

„Diese SPD ist nicht mehr die Partei eines Ernst Reuter oder eines Kurt Schumacher! Die SPD ist dabei, die bittere historische Lektion unseres Volkes zu vergessen, daß demokratische Parteien sich unter keinen Umständen mit radikalen Gruppierungen verbinden dürfen“. Mit diesen Worten begründete der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, seine tiefe Sorge über die Absicht der Berliner SPD, gemeinsam mit der linksradikalen „Alternativen Liste“ einen neuen Berliner Senat zu bilden. Weiter erklärte der Bundeskanzler:

Die Alternative Liste ist geprägt von schillernden Kräften einer links-sozialistisch-anarchistischen Grauzone. Ihre führenden Sprecher haben seit langem praktisch alles in Frage gestellt, was die Sicherheit und die Stabilität Berlins garantiert. Auch jetzt legen sie nur widerwillig Lippenbekenntnisse zur Anwesenheit der alliierten Schutzmächte oder zur Übernahme der Bundesgesetze ab. Der Begriff des „staatlichen Gewaltmonopols“ taucht in dem sogenannten „Essential-Papier“ erst gar nicht auf — was eine traditionsreiche demokratische Partei wie die SPD niemals hätte zulassen dürfen.

Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, daß die Alternative Liste von ihrem Wahlprogramm abrückt — in dem es heißt, daß „sich Protest und Widerstand nicht auf staatlich festgeschriebene Legalität festlegen lassen“ kann.

Es ist zu befürchten, daß dem Nachgeben der SPD in dieser Schlüsselfrage demokratischen Selbstverständnisses weitere Konzessionen folgen werden — mit allen Konsequenzen für Berlin und die Berliner. Ein rot-grünes Bündnis würde unkalkulierbare Risiken für die Stadt bedeuten, die wie keine zweite auf politische Stabilität und Verlässlichkeit angewiesen ist. Eine solche Koalition würde alles aufs Spiel setzen, was die Bürger Berlins — unter politischer Führung der CDU mit Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen — in den vergangenen Jahren neu aufgebaut haben.

Die SPD ist außerdem dabei, Wortbruch zu begehen. Entgegen allen Versprechungen vor der Wahl hat sie vom Wahlabend

„ Die SPD wollte ihre wahre Koalitionsabsicht in Berlin bis nach den Kommunalwahlen in Hessen kaschieren. Denn sie weiß nur zu gut: Den hessischen Wählern ist die Erinnerung an das rot-grüne Bündnis in Wiesbaden nach wie vor wie ein Alptraum. „

an die Koalition mit der AL gewollt. Ihre wahre Koalitionsabsicht wollte sie bis nach den Kommunalwahlen in Hessen kaschieren. Denn sie weiß nur zu gut: Den hessischen Wählern ist die Erinnerung an das rot-grüne Bündnis in Wiesbaden nach wie vor wie ein Alptraum. Es war ein Gebot der demokratischen

„Ein rot-grünes Bündnis würde unkalkulierbare Risiken für Berlin bedeuten, das wie keine zweite Stadt auf politische Stabilität und Verlässlichkeit angewiesen ist. Eine solche Koalition würde alles aufs Spiel setzen, was die Bürger Berlins — unter politischer Führung der CDU mit Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen — in den vergangenen Jahren neu aufgebaut haben.“

Selbstachtung, daß Eberhard Diepgen und die Berliner CDU es ablehnten, sich als Alibi im taktischen Spiel der SPD mißbrauchen zu lassen. Die CDU bleibt aber grundsätzlich bereit, Verantwortung für Berlin zu übernehmen. Sie wird alles in ihrer Kraft Stehende tun, um Schaden von Berlin abzuwenden.

SPD bereitet sich auf rot-grüne Koalition auch im Bund vor

CDU und CSU sind entschlossen, gemeinsam in die politische Offensive zu gehen. Die Bundesrepublik Deutschland darf nach den Bundestagswahlen nicht das Schicksal einer rot-grünen Koalition erleiden. Wir müssen nämlich befürchten, daß sich die SPD auch im Bund auf eine rot-grüne Koalition vorbereitet. Eine solche Regierung wäre katastrophal für unser Land und auch für unser Ansehen in der Welt.

■ Mit ihrer Außen- und Sicherheitspolitik steht die SPD in Europa und im Bündnis allein da, sie würde die Bundesrepublik Deutschland in die internationale Isolierung führen und unser Land erneut in den Ruf der Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit bringen.

■ Mit ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik würde die SPD die mittlerweile siebenjährige Aufwärtsentwicklung gefährden, der Abstieg wäre vorprogrammiert.

■ In der Innenpolitik hat die SPD in den letzten Jahren immer deutlicher ihre Unfähigkeit bewiesen, dem Recht überall Geltung zu verschaffen — Beispiel Hafenstraße. Wer rechtsfreie Räume zuläßt, gefährdet den inneren Frieden und die innere Sicherheit.

Von Tag zu Tag wird deutlicher, daß von den großen Volksparteien zur Zeit nur CDU und CSU eine Politik garantieren, die nicht auf Ideologie und reinem Machtwillen beruht, sondern sich am Wohl des Ganzen ausrichtet. Wir werden in den kommenden Wochen und Monaten entschlossen und geschlossen darauf hinwirken, daß unsere Politik der Mitte sich durchsetzt, die Anerkennung der Bürger findet und daß die Ideologen und Opportunisten in die Schranken gewiesen werden.

CDU-Informationen sehr gefragt

Sowohl das Faltblatt zur Steuerreform „Mehr Geld für den Bürger, mehr Schwung für die Wirtschaft“ (Bestell-Nr. 2127 beim IS-Versandzentrum, 4804 Versmold, Postfach 1328) als auch das Faltprospekt „12 Pluspunkte der Regierung Helmut Kohl“ (Bestell-Nr. 2128) haben innerhalb eines Monats, seitdem sie von uns angeboten werden, eine derartig große Nachfrage ausgelöst, daß sie inzwischen mehrfach haben aufgelegt werden müssen. — Die Nachfrage nach dem Taschenlexikon „Gesundheitsreform von A bis Z“ (Bestell-Nr. 5126) hat sogar eine vierte Auflage erforderlich gemacht.

Zukunftsprogramm für ältere Menschen in Hessen

Selbständigkeit und gewohnte Lebensumwelt so lange wie möglich erhalten

Gemeinsame Erklärung des Sozialministers des Landes Hessen, Karl-Heinz Trageser, des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Gerhard Braun, und des Landesvorsitzenden der Senioren-Union Hessen, Peter Blum:

Eine menschengerechte und zukunftsweisende Senioren-Politik muß sich an dem Ziel orientieren, älteren Menschen ihre Selbständigkeit und gewohnte Lebensumwelt so lange wie möglich zu erhalten.

Ausgerichtet an diesem Grundsatz schlägt die hessische Landesregierung mit ihrem Entwurf eines Zukunftsprogramms für Hessens ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger neue Wege in der Altenpolitik ein.

Der Entwurf der hessischen Landesregierung sieht drei große Teilbereiche der Altenhilfe vor:

1 Durch den flächendeckenden **Ausbau der ambulanten Dienste** soll den Menschen im Alter eine individuelle und selbständige Lebensweise ermöglicht werden. In Hessen ist deshalb geplant, daß ein Netz von etwa 250 gut organisierten, fachlich gut ausgestatteten und hoch qualifizierten Sozialstationen entstehen soll, das mit seinem Leistungsangebot alten Menschen auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich ein Leben in der gewünschten Umgebung und im Kreise der Familie ermöglichen und somit den Wechsel in ein Heim vermeiden soll.

2 In Hessen sollen neue unterschiedliche Wohnformen mit abgestuften Betreuungsangeboten entwickelt werden. Ziel dieser Maßnahme ist, dem Wunsch älte-

rer Menschen, so lange wie möglich in der vertrauten Umgebung zu leben, gerecht zu werden.

3 Als dritte große Aufgabe hat die hessische Landesregierung sich vorgenommen, die medizinische Erkenntnis, daß altersbedingte Beschwerden nicht unabwendbare Schicksale sein müssen, durch den **Ausbau der Geriatrie** und den **Aufbau familiennaher Rehabilitationseinrichtungen** für ältere Menschen umzusetzen.

Nicht Betreuung, sondern Mitarbeit steht im Vordergrund

Die vom Bundesvorstand der Senioren-Union verabschiedeten sieben **komunalpolitischen Leitlinien** der Senioren-Union sehen den Ursprung für eine souveräne zukunftsorientierte Politik für die ältere Generation in den Kommunen. Ältere Bürger sind keine Randgruppen, sondern ein fester Bestandteil des kommunalen Gemeinwesens. Die ältere Generation will in das politische und gesellschaftliche Leben der Gemeinde, der Stadt und des Kreises eingebunden sein, sie will es mitgestalten und darin mitwirken.

1 Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht kann auf die Erfahrung des Alters und das Alterskapital für die Gestaltung der Zukunft nicht verzichten. Wir brauchen die Zusammenarbeit von Jung und Alt, die Solidarität der Generationen.

2 Seniorenpolitik ist nicht gleichzusetzen mit Sozialpolitik. Ihre Fragestellung

geht weit darüber hinaus. Die Aufgabe der Politik muß es sein, die Lebenserfahrungen der älteren Generation zu nutzen. Nicht Betreuung, sondern Mitarbeit steht im Vordergrund.

③ Seniorenpolitik beginnt mit der Vorbereitung auf das Alter. Aufgabe gerade der Kommunen und öffentlichen Einrichtungen muß es sein, das Bewußtsein für die Probleme des Älterwerdens zu schärfen.

④ Die Politik hat Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der ältere Mensch nach

Kommunalpolitische Leitlinien der Senioren-Union

dem Ausscheiden aus seiner beruflichen Tätigkeit als vollwertiges Mitglied unserer Gesellschaft anerkannt bleibt. Dies bedeutet auch, daß die Mitwirkungsmöglichkeiten der Senioren in den kommunalen Einrichtungen zu verbessern sind.

⑤ Seniorenpolitik hat ihren Anfang in den Gemeinden, Städten und Kreisen. Aus diesem Grund ist die Mitwirkung der Senioren an den Entscheidungen in ihren Städten und Gemeinden durch Bildung von Senioren-Beiräten zu stärken.

⑥ Seniorenpolitik in den Städten, Gemeinden und Kreisen heißt aber nicht nur den unmittelbaren Belangen und Bedürfnissen der älteren Generation Rechnung zu tragen, sondern darüber hinaus ein Gemeinschaftsleben mit menschlichem Gesicht zu gestalten, wobei Jung und Alt gemeinsame aktive Partner sind.

⑦ Eine moderne kommunale Altenpolitik muß sich an den Wünschen und Erwartungen, die die älteren Menschen

haben, orientieren. Dies sind insbesondere:

- Das starke Streben nach Selbständigkeit und Aktivität, so lange dies möglich ist,
- der Wunsch, unter uns zu leben und nicht abseits zu stehen,
- das Verlangen nach Sicherheit,
- Hilfe und Betreuung, wenn dies erforderlich ist.

Diese Art der zukünftig erforderlichen Senioren-Politik in den Ländern, Städten, Gemeinden und Kreisen, kann nur von der Partei geleistet werden, die die neuen qualitativen Herausforderungen der Senioren-Politik erkannt und vernünftige und zukunftsorientierte Lösungen und Vorschläge erarbeitet hat. Die CDU ist diese Partei, denn sie ist die einzige in der Bundesrepublik Deutschland, die mit der Senioren-Union eine eigene Vereinigung für die ältere Generation hat. Die Senioren-Union ist beispielhaft für die Fähigkeit der CDU, auf gesellschaftliche Entwicklungen neue und schöpferische Antworten zu geben. Dies gilt insbesondere für den kommunalpolitischen Bereich. Deswegen wollen wir, CDU und Senioren-Union, in den Kommunen nicht eine Politik nur für ältere Menschen, sondern mit älteren Menschen und durchaus von älteren Menschen.

Ozonkiller verbannt

In den in der Bundesrepublik Deutschland hergestellten Sprays für den täglichen Bedarf sind keine Fluor-Chlor-Kohlenwasserstoffe (FCKW) mehr enthalten. Damit hat Bundesumweltminister Töpfer das Ziel, die FCKW zu 90 Prozent als Treibmittel aus Sprays zu verbannen, ein Jahr früher, als von der Industrie zugesagt, erreicht.

Vorrang für die häusliche Pflege

Die Bundesregierung sieht in der sozialen Sicherung bei Pflegebedürftigkeit eine wichtige Aufgabe für die gesamte Gesellschaft, die aber angesichts der vielfältigen Probleme und ihrer finanziellen Dimensionen nur schrittweise gelöst werden kann. Ziel unserer Politik ist es dabei, die häusliche Pflege so zu unterstützen, daß Pflegebedürftige so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Verbesserungen für die häusliche Pflege sollen daher Vorrang vor der stationären Versorgung haben.

Dieser Zielsetzung tragen nach den Worten von Stefan Höpfinger, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, die Regelungen des Gesundheits-Reformgesetzes Rechnung, wonach die gesetzlichen Krankenkassen einen Beitrag zur besseren sozialen Absicherung bei häuslicher Pflege leisten: Bis zu 1.800 DM zahlen die Krankenkassen

che Pflege von Schwerbehinderten dadurch verstärkt, daß ein Pflege-Pauschbetrag von 1.800 DM im Kalenderjahr eingeführt wird.

Darüber hinaus sollen im Rahmen der geplanten Rentenreform Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Absicherung von Pflegepersonen getroffen werden. Im Rahmen dieser Reform besteht die Absicht, ab 1992 nicht erwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen bei häuslicher Pflege eines Schwerpflegebedürftigen auf Antrag die Möglichkeit einzuräumen,

- auch durch freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung einen Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit zu erwerben,
- bei Einschränkung der Erwerbstätigkeit wegen der Pflege zusätzliche Pflichtbeiträge so zu zahlen, daß das gleiche Entgelt wie vorher versichert wird,
- auch ohne Beitragszahlung künftige Pflegezeiten in der Form berücksichtigen zu lassen, daß
 - die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für den Anspruch auf Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit erfüllt bleiben,
 - sie sich bei der Bewertung beitragsfreier Zeiten grundsätzlich wie Zeiten der Erwerbstätigkeit auswirken und
 - sie auf die 35jährige Wartezeit für vorzeitige Altersrenten an Schwerbehinderte ab dem 60. Lebensjahr und sonstige Versicherte ab dem 63. Lebensjahr angerechnet werden.

Steuerliche Hilfen verstärkt

für die Vertretung von Pflegepersonen, die im häuslichen Bereich versicherte Schwerpflegebedürftige versorgen. Während Urlaub oder Krankheit der Pflegeperson wird so bis zu vier Wochen im Kalenderjahr eine Ersatzkraft bezahlt. Von 1991 an übernehmen die Krankenkassen für bis zu 25 Pflegeeinsätze im Monat von je einer Stunde die Kosten bis zu monatlich 750 DM oder zahlen, wenn der schwerpflegebedürftige Versicherte die Pflege in eigener Regie sicherstellt, ihm auf Antrag eine Geldleistung in Höhe von 400 DM monatlich.

Nach dem Steuerreformgesetz 1990 werden die steuerlichen Hilfen für die häusli-

Dies sind wichtige Schritte zur Verbesserung der Situation der Pflegepersonen in bezug auf ihre Alters- und Invaliditätssicherung.

BAföG: Freibeträge für Familien mit mittleren Einkommen deutlich anheben

- 1 Der Bundesfachausschuß empfiehlt, die Ausbildungsförderung grundsätzlich an die wirtschaftliche Leistungskraft der Familie zu binden. Eine elternunabhängige Förderung soll nur noch in jenen Fällen erfolgen, in denen ein Auszubildender nach mehrjähriger beruflicher Tätigkeit und damit verbundener wirtschaftlicher Selbständigkeit die Hochschulreife anstrebt oder ein Studium aufnimmt.
- 2 Der Bundesfachausschuß betont die Notwendigkeit, die Förderungsbedingungen für Familien mit mittleren Einkommen zu verbessern. Die relativen Freibeträge für die Eltern sollten daher deutlich angehoben werden. Darüber hinaus tritt der Bundesfachausschuß dafür ein, Familien mit Kindern in besonderer Weise in der Ausbildungsförderung zu berücksichtigen. Die für jedes Kind zu veranschlagenden relativen Freibeträge sollten so festgelegt werden, daß die Chancen kinderreicher Familien sich nicht verschlechtern.
- 3 Nach Auffassung des Bundesfachausschusses hat eine Verbesserung der Förderungsbedingungen für Familien mit mittleren Einkommen Priorität, so daß eine Anhebung der Bedarfssätze im BAföG derzeit nicht für vordringlich gehalten wird. Für selbst krankenversicherte Studierende sollten die Leistungen nach BAföG auf den jeweils zu zahlenden tatsächlichen Beitrag angehoben werden.
- 4 Der Bundesfachausschuß empfiehlt, Unstimmigkeiten in der derzeitigen Schülerförderung zu beheben.
- 5 Der Bundesfachausschuß empfiehlt, den auf die Unterkunft entfallenden Anteil der Ausbildungsförderung künftig als Zuschuß zu gewähren.
- 6 Der Bundesfachausschuß setzt sich für eine Beibehaltung der zeit- und leistungsabhängigen Teilerlaßregelungen im BAföG ein. Ergänzend zu den bisherigen Regelungen sollte künftig eine stärkere Berücksichtigung des Zeitfaktors erfolgen.
- 7 Der Bundesfachausschuß hält Maßnahmen zur Verkürzung der Studienzeiten nicht zuletzt mit Blick auf die europäische Einigung für unverzichtbar. Angesichts der derzeit gegebenen Situation, die in vielen Fällen einen Abschluß des Studiums innerhalb der Förderungshöchstdauer nicht zuläßt, befürwortet der Fachausschuß für eine Übergangszeit eine Studienabschlußförderung. Darüber hinaus ist die Einrichtung des von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erarbeiteten Flexibilisierungsmodells sowie die Gewährung von festverzinslichen Darlehen zu prüfen.
- 8 Der Bundesfachausschuß empfiehlt, die Förderung von Aufbau-, Ergänzungs- und Zusatzstudien grundsätzlich beizubehalten.

Empfehlungen des Bundesfachausschusses Kulturpolitik der CDU zur Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

9 Der Bundesfachausschuß empfiehlt die Beibehaltung der derzeit geltenden Regelungen zur Förderung einer anderen Ausbildung nach einem Fachrichtungswechsel.

10 Der Bundesfachausschuß setzt sich dafür ein, den Rechtsanspruch auf Förderung eines Studiums im Ausland grundsätzlich beizubehalten.

11 Der Bundesfachausschuß spricht sich dafür aus, die aus Gründen der Behinderung gewährte Förderung behinderter Studenten über die Förderungshöchstdauer hinaus von vornherein als Zuschuß zu leisten.

„Alltag in der DDR“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung veranstaltet eine Wanderausstellung mit dem Thema „Alltag in der DDR“, die in vielen Städten der Bundesrepublik bereits zu sehen gewesen ist. Zu dieser Ausstellung ist jetzt ein Begleitband erschienen, der 160 Seiten umfaßt und mit zahlreichen Illustrationen versehen ist.

Ausstellung und Begleitband verfolgen das Ziel, differenzierte Vergleiche zwischen Ost und West zu fördern und sich mit den Lebensbedingungen im „real-existierenden“ Sozialismus à la Honecker vertraut zu machen. Geboten werden u. a. Informationen über das sozialistische Erziehungssystem, die Freiräume für Jugendliche und die Rolle der Kirchen.

Interessenten erhalten den Begleitband — gegen Erstattung der Versandkosten — auf Anforderung. Bestellungen nimmt entgegen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Postfach 1331, 5047 Wesseling**

DIHT: 300.000 neue Arbeitsplätze in 1989

„Die Konjunktur ist in blendender Verfassung. Sie gewinnt sogar noch an Breite. Immer mehr Unternehmen melden hohe Auslastung, lebhafte Nachfrage und gute Ertragslage. Seit vielen Jahren haben die deutschen Unternehmen nicht mehr so positiv in die Zukunft geschaut.“

Dies ist das Ergebnis der Frühjahrsumfrage des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) bei über 15.000 Unternehmen über ihre Einschätzung der Konjunktur. Nach den Erkenntnissen des DIHT hat sich die Stimmung der Unternehmen gegenüber Herbst 1988 noch einmal spürbar verbessert. Positiv ist besonders, daß neben dem privaten Verbrauch derzeit die Investitionen und der Export das Expansionstempo bestimmen.

„Die Investitionen stehen 1989 im Zeichen einer kraftvollen Dynamik.“ Und: „Die Auslandsnachfrage zeigt ungebrochenen Schwung. Die Exporterwartungen sind von Zuversicht und Optimismus geprägt“ — so der DIHT. Die gute konjunkturelle Lage und die freundlichen Zukunftsaussichten veranlassen viele Unternehmen, ihren Personalstand zu erhöhen. 88 Prozent aller befragten Firmen wollen in diesem Jahr mehr Menschen einstellen oder zumindest ihren Mitarbeiterstand halten. Mit 17 Prozent ist der Anteil der Unternehmen, die Neueinstellungen planen, gegenüber den vorangegangenen Jahren deutlich gestiegen. Insgesamt rechnet der DIHT — so Hauptgeschäftsführer Dr. Franz Schöser — mit „an die 300.000“ zusätzlichen Arbeitsplätzen in diesem Jahr.

Die Gesundheitsreform greift:

- Erstmals seit vier Jahren ist der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung nicht gestiegen, obwohl das nach der Ausgabenentwicklung des Jahres 1988 zu erwarten gewesen wäre.
- Ca. 60 Krankenkassen haben ihre Beiträge gesenkt im Hinblick auf die im Jahre 1989 zu erwartenden Einsparungen. Andere Krankenkassen werden im Laufe des Jahres 1989 diesem Beispiel folgen.
- Die Ausgaben im Krankenhausbereich haben erstmals seit 10 Jahren keinen Anlaß zu Beitragssteigerungen gegeben; die Ausgaben im Krankenhaus sind unter der Lohnentwicklung geblieben. Diese Tatsache hat auch der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1989 positiv vermerkt.
- Das Festbetragskonzept hat im Bereich der Brillen schon erste positive Ergebnisse erbracht: Schon im Dezember haben zwei große Filialbetriebe Preissenkungen für Brillengestelle von 40 auf 20 DM angekündigt: Im Gesetz ist der Kassenzuschuß für Brillengestelle auf 20 Mark beschränkt worden.

Jetzt anerkennen Experten die Gesundheitsreform:

- „... Maßnahmen zur Begrenzung der Gesundheitsausgaben und zur dauerhaften Stabilisierung der Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung sind notwendig. Das Gesundheitsreformgesetz enthält wesentliche Elemente, um dieses

Ziel zu erreichen“; Jahresgutachten des Sachverständigenrates für die konzertierte Aktion, 9. 2. 1989.

- „Das GRG bereitet uns in seiner jetzigen Fassung keinen großen Kummer“, Rudolf Eberhard, Präsident des Deutschen Fremdenverkehrerverbandes (DFV), in der Ärzte-Zeitung vom 18. 1. 1989.

Gesundheitssystem vor dem Zusammenbruch gerettet

Norbert Blüm: Ich war mir immer darüber im klaren, daß die Gesundheitsreform nur gegen Widerstände durchzusetzen ist. Immerhin ist es die erste Reform, die die Krankenversicherung seit 1911 überhaupt erlebt. Bislang hat sich noch niemand an eine solche Reform herangetraut. Diese Bundesregierung ist die erste, die es wagt, das Gesundheitssystem in Ordnung zu bringen und vor dem Zusammenbruch zu retten.

Frage: Wie erklären Sie den Widerstand?

Norbert Blüm: Wir leben in einer Gesellschaft, die ihre Besitzstände mit Zähnen und Klauen verteidigt und Probleme verdrängt. Viele Bundesbürger leben wie die Passagiere auf der „Titanic“. Von Eisbergen umgeben haben sie sich an der Musik berauscht und nicht gemerkt, daß es kräftig gerumst hat.

aus: Interview mit dem General-Anzeiger, Bonn

Von der SPD in die Welt gesetzte Falschmeldungen und Panikmache werden jetzt vom Bürger durchschaut. Norbert Blüm hat das beste Gesundheitssystem der Welt vor dem Zusammenbruch bewahrt. Wäre die Gesundheitsreform nicht gekommen, wären die Krankenkassen übermorgen ruiniert gewesen oder die Beiträge der Versicherten wären in astronomische Höhen geschnellt.

Die Kosten wären weiter explodiert:

125 Milliarden Mark, das ist jede 17. in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitete Mark, gaben die gesetzlichen Krankenkassen 1985 aus. Das ist gegenüber 1960, als der Medizinbetrieb gerade 9,8 Milliarden Mark kostete, eine Steigerung um über 1300 Prozent.

Die Beiträge wären für die Bürger bald nicht mehr zu verkraften gewesen:

Der durchschnittliche Beitragssatz zur Krankenversicherung liegt zur Zeit bei 13 Prozent. 1970 lag er bei 8,2 Prozent. Diese Entwicklung durfte nicht ungebremst fortgesetzt werden, sollte das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer nicht auf Null gebracht werden. Ohne Reform stünden die Beitragssätze in der Krankenversicherung heute bei 13,5 Prozent. Und sie würden weiter steigen.

„Wer notwendige, aber unpopuläre Reformen verwirklicht, muß da und dort Einbußen hinnehmen.“

„Wenn Reformpolitik mehr sein soll als Schaumschlägerei, setzt sie die Bereitschaft voraus, etwas zu riskieren.“

Frankfurter Neue Presse

Europäischer Binnenmarkt '92

Mit großen Hoffnungen, aber auch mit manchen Bedenken sieht die deutsche Wirtschaft, seien Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes entgegen.

Werden sich die optimistischen Erwartungen des Cecchini-Berichtes erfüllen? Was wird der politische und wirtschaftliche Preis des europäischen Binnenmarktes sein?

Diesen und ähnlichen zur Zeit intensiv diskutierten Fragen geht das 3. Eichholzer Informationsforum des Instituts für Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 13. und 14. März in Schloß Eichholz bei Bonn nach.

Der europäische Binnenmarkt Informationen — Positionen — Perspektiven

Vorträge von:

Prof. Dr. Hans Karl Schneider, Vorsitzender des Sachverständigenrates, und Dr. Lutz Stavenhagen, Staatsminister beim Bundeskanzler.

Teilnahmebedingungen:

Teilnehmerbeitrag 60 DM; Fahrtkosten werden erstattet (Rückfahrkarte 2. Klasse der Deutschen Bundesbahn/ Eigenbeteiligung 20 DM); Unterkunft und Verpflegung sind frei.

Information/Anmeldung:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Institut für Politische Bildung
Postfach 1331 — 5047 Wesseling
Tel.: (02236) 707-226 (Frau Beuth)

„Euro-FBI“ soll in Zukunft international arbeitenden Tätern das Handwerk legen

Die internationale Verbrechensbekämpfung muß eine vordringliche Aufgabe der zusammenwachsenden Europäischen Gemeinschaft werden. Deshalb ist es zu begrüßen, daß Bundeskanzler Helmut Kohl diesen Gedanken auf dem EG-Gipfel in Rhodos vorgestellt hat und damit auf große Zustimmung gestoßen ist. Schwerkriminalität kennt keine nationalstaatlichen Grenzen. Sie konnte sich in den letzten Jahren in verhängnisvoller

Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU über die Notwendigkeit einer europäischen Bundespolizei

Weise ausbreiten, weil ihr die Sicherheitsbehörden keine vergleichbare europäische Zusammenarbeit entgegensezten konnten.

International arbeitenden Tätern muß das Handwerk gelegt werden. Dabei geht es vor allem um folgende Delikte:

- Straftaten international arbeitender Terroristen und Anarchisten in einem oder mehreren EG-Staaten,
- Menschenhandel,
- Drogen-, Waffen- und Sprengstoffhandel,
- Wirtschaftskriminalität, die durch das kriminelle Ausnutzen multilateraler Wirtschaftsabkommen entsteht,
- das Verschieben gestohler Autos und anderer hochwertiger Industriegüter,

● Straftaten im Bereich Umweltschutz. Zur wirksamen Bekämpfung dieser Straftaten setzt sich der Bundesfachausschuß Europapolitik der CDU für die Gründung einer europäischen Bundespolizei („Euro-FBI“) ein. Dieses „Euro-FBI“ muß über ein EG-weit zuständiges Ermittlungsbüro, Auswertungsbüro und ein entsprechendes Rechtsbüro verfügen. Eine Institution, die einer deutschen Staatsanwaltschaft entsprechen müßte, muß unmittelbar die Verteilung und Zuweisung von inter-europäischen Ermittlungs-, Vernehmungs- und Verfolgungssuchen vornehmen.

Als erster Schritt sollte nach Ansicht des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses, Bernhard Sälzer, sofort eine europäische Drogen-Polizei ins Leben gerufen werden. Das „Euro-FBI“ muß später auch die Aufgabe erhalten, mit Drittstaaten weltweit zusammenzuarbeiten.

Weiterer Anstieg von Existenzgründungen

1988 war das Rekordjahr der Betriebsneugründungen. Es kann von über 300.000 Neugründungen ausgegangen werden, der etwa 250.000 Betriebsstilllegungen gegenüberstehen. Der Saldo aus Gründungen und Stilllegungen dürfte somit 1988 bei etwa 50.000 liegen und wird voraussichtlich den Höchststand aus dem Jahr 1987 (46.000) übertreffen.

Städtepartnerschaften

Reisen fördern das Verständnis für den europäischen Nachbarn

Fast 2.500 Städtepartnerschaften bundesdeutscher Kommunen mit Städten und Gemeinden in Europa sind lebendiger Ausdruck des europäischen Einigungsgedankens. Allein zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich gibt es über 1.300 kommunale Partnerschaften. Bis vor 45 Jahren wurden noch sogenannte „Erbfeindschaften“ in deutschen Schulen behandelt, heute ist die deutsch-französische Freundschaft fest im Bewußtsein der Bevölkerung verankert. Es gibt eine neue Aufbruchstimmung in den europäischen Staaten, und die CDU will diese für weitere europäische kommunale Partnerschaften nutzen.

Deshalb legen wir — so der Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV), Staatssekretär Horst Waffenschmidt — einen Leitfaden vor, der eine Fülle von Anregungen für Veranstaltungen und Maßnahmen enthält zum weiteren Ausbau partnerschaftlicher Beziehungen. Hierdurch können alle in Frage kommenden Zielgruppen der CDU für Europa mobilisiert werden. Einige Beispiele:

- Die Junge Union kann Veranstaltungen mit den Jugendorganisationen der Schwesterparteien der jeweiligen Partnerstädte organisieren.
- Der Ring Christlich Demokratischer Studenten findet in den studentischen Schwesterorganisationen der Partneruniversitäten geeignete Ansprechpartner.
- Die Frauen-Union kann zu ihren Ver-

anstaltungen die Frauenorganisationen der Schwesterparteien der jeweiligen Partnerstadt einladen.

● Die Senioren-Union hat die Möglichkeit, Kontakt mit den Seniorenorganisationen der Schwesterparteien der jeweiligen Partnerstädte aufzunehmen.

● Mit Kulturveranstaltungen kann Interesse für den europäischen Nachbarn geweckt werden.

Musik, Kunst und Folklore zeigen die kulturelle Vielfalt Europas und fördern das Verständnis für den europäischen Nachbarn.

Reisen in die Partnerstädte schaffen Kontakte über die Grenzen hinweg. Dies können CDU-Verbände organisieren und ohne Scheu auch touristische Attraktionen einplanen. Denn Austausch, Besuche und Reisen im Rahmen der Städtepartnerschaften bieten die Möglichkeit, unsere europäischen Nachbarn und ihre Lebensgewohnheiten kennenzulernen. Die bundesdeutschen Bürger sind in den letzten Jahren immer reisefreudiger geworden und müssen auf diese neuen Möglichkeiten hingewiesen werden.

Eine gründliche und systematische Vorbereitung spart in der Regel Zeit und Geld. Der vorgelegte Leitfaden enthält auch Hinweise zur Erstellung einer Checkliste zur Planung, Durchführung und Nachbereitung von Aktionen.

Der Leitfaden kann bei der Geschäftsstelle der KPV in Bonn bestellt werden.
Telefon (02 28) 54 42 46.

Umweltschutz muß Chefsache werden

Beschluß des Bundesfachausschusses Umweltpolitik der CDU

I. Präambel

Umweltschutz geht jeden an. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen können nicht allein vom Staat geschützt und gesichert werden. Alle Bürger müssen sich für ihre Lebensumwelt verantwortlich fühlen. Umweltbewußtes Handeln ist Zukunfts- vorsorge.

Deshalb ist für die CDU als Partei der Sozialen Marktwirtschaft umweltorientierte Unternehmensführung praktizierte Umweltvorsorge und ein wichtiger Bau-stein zur Weiterentwicklung dieser Wirtschaftsordnung zu einer ökologisch verpflichteten Sozialen Marktwirtschaft.

Das wirtschaftliche Eigeninteresse der Unternehmen und das gesellschaftspoliti-

„Mit ihrem 17-Punkte-Programm vom Januar 1987 hat die CDU als führende Regierungspartei einen umweltpolitischen Fahrplan erarbeitet, der Schritt für Schritt in der Bundesregierung verwirklicht wird. Die jetzt vorliegenden Leitsätze sind eine Fortsetzung und Konkretisierung dieses 17-Punkte-Programms. Ihr Ziel ist es, das gesellschaftliche Engagement für mehr Umweltschutz zu aktivieren. Dabei kommt den Unternehmen und Unternehmern eine besondere Verantwortung zu.“

**Kurt-Dieter Grill,
Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Umwelt“ der CDU**

sche Interesse an der Erhaltung der Umwelt für uns und unsere Kinder muß und kann in Übereinstimmung gebracht werden.

Viele Unternehmen stellen sich schon heute dem Umweltproblem — aus gesellschaftspolitischer Verantwortung und um Gewinne zu erzielen und die Existenz zu sichern. Umweltorientierte Unternehmensführung als Teil vorsorgender

Leitsätze für eine umweltorientierte Unternehmensführung

Umweltpolitik ist praktizierte Solidarität mit der Schöpfung und kommenden Generationen. Sie ist ein Beitrag zur Sicherung von Umwelt und Unternehm-

II. Thesen

1 Die Bereitschaft der Unternehmen, sich verantwortlich Risiken zu stellen, gilt nicht nur für die Unwägbarkeiten der Märkte, sondern in wachsendem Umfange auch für Umweltgefahren, die im Verantwortungsbereich der Unternehmen entstehen können, weil wirtschaftliches Handeln oft mit Risiken und Umweltbelastungen verbunden ist.

2 Umweltorientierte Unternehmensführung hat zum Ziel, durch intelligente Lösungen die aus der Unternehmensaktivität entstehenden Belastungen für die Umwelt wenn möglich zu vermeiden bzw. so gering wie möglich zu halten.

3 Aufgabe der Unternehmen ist es, Umweltbelastungen von der Produktion durch umweltschonende Verfahren, Produkte und Dienstleistungen soweit wie möglich zu entkoppeln, ohne hierdurch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in Frage zu stellen.

4 Umweltorientierte Unternehmensführung ist mehr als betrieblicher Umweltschutz: Sie reicht von der Unternehmensphilosophie und den Führungsgrundsätzen über alle Funktionsbereiche — Produktion, Marketing, Vertrieb, Einkauf/ Materialwirtschaft, Forschung/Entwicklung, Personal/Organisation, Finanzen/ Recht/Versicherungen, Öffentlichkeitsarbeit.

5 Eine solchermaßen integrierte umweltorientierte Unternehmensführung kann zumindest mittel- und langfristig

- Kosten durch Einsparung von Energie, Wasser und Rohstoffen vermeiden oder verringern,
- neue Absatzchancen und damit Arbeitsplätze durch die verstärkte Entwicklung umweltschonender Produkte/ Dienstleistungen schaffen,
- die Mitarbeitermotivation und damit die Produktivität durch vorbeugende Umweltmaßnahmen verbessern,
- Ausfallzeiten und damit auch Krankheitskosten durch verstärkten Umwelt- und Arbeitsschutz am Arbeitsplatz vermindern und
- den Betriebsfrieden und den öffentlichen Konsens mit dem Unternehmen durch eine glaubwürdige betriebliche Umweltpolitik und eine überzeugende Öffentlichkeitsarbeit fördern.

6 Je mehr Unternehmen eine umweltorientierte Unternehmensführung praktizieren, desto eher werden die gerade dargestellten einzelwirtschaftlichen Auswirkungen auch positive gesamtwirtschaftli-

che und ökologische Auswirkungen zeigen.

7 Unternehmensbezogene Umweltvorsorge muß als zusätzlicher Produktionsfaktor neben Arbeit und Kapital verstanden werden. Dies setzt eine Innovationsbereitschaft voraus, die sich über die Technik hinaus auch auf die betriebliche Organisation und die Meinungsbildung der Mitarbeiter, Lieferanten, Kunden und der Öffentlichkeit erstreckt.

8 Umweltorientierte Unternehmensführung darf sich nicht auf das einzelne Unternehmen beschränken, sondern muß vor allem auf Lieferanten und Kunden ausstrahlen. Damit werden die Marktbeziehungen selbst stärker in den Dienst des Umweltschutzes gestellt. Unternehmensbezogene Umweltvorsorge muß zur marktbezogenen Umweltvorsorge werden. Das positive Umweltimage des einzelnen Unternehmens ist insofern ein wichtiger Beitrag zum Umweltschutz.

9 Die Akzeptanz eines Unternehmens in der Öffentlichkeit beruht keineswegs nur auf der Kenntnis objektiver umweltrelevanter Fakten, sondern stärker noch auf deren subjektiver, d. h. auch gefühlsmäßiger Einschätzung. Der Informationspolitik eines Unternehmens kommt deshalb eine erhebliche Bedeutung zu.

III. Vorschläge für eine praktizierte umweltorientierte Unternehmensführung

1 Energie, Wasser und Vor- und Zwischenprodukte (Rohstoffe) sollten verstärkt eingespart werden — vor allem im mittelständischen Bereich. (In vielen Unternehmen können z. B. mehr als

20 Prozent der Energie und des Wassers eingespart werden.)

2 Der Schadstoffausstoß sowie die Bildung unerwünschter Nebenprodukte in den Endprodukten sollten durch den Einsatz umweltschonender Produktionsverfahren verstärkt begrenzt werden.

3 Der innerbetriebliche Arbeits- und Gesundheitsschutz ist zu verbessern.

4 Mögliche Schäden für Mensch und Umwelt bei bestimmungsgemäßer und nicht bestimmungsgemäßer Verwendung der eingesetzten Produkte sind kritisch zu überprüfen.

5 Produkte sollten auf verbraucherorientierte und verständliche Kennzeichnung hin überprüft werden.

6 Zur Abfallentsorgung sowie zur Entsorgung verbrauchter Endprodukte sollten Alternativen entwickelt bzw. Konzepte überprüft werden.

7 Erfassung von Stoffdaten: Eine möglichst genaue Kenntnis der Stoffeigenschaften von Vor-, Zwischen- und Endprodukten ist eine der Grundvoraussetzungen, um Gefährdungen für Mensch und Umwelt zu vermeiden, die bei der Handhabung, beim Transport, der Anwendung oder bei der Entsorgung solcher Produkte auftreten können.

Für eine sehr große Anzahl chemischer Produkte werden von den Herstellerfirmen Sicherheitsdatenblätter erstellt, die auf Anforderung abgerufen werden können. Den im Betrieb tätigen Mitarbeitern, die mit solchen Stoffen umgehen, müssen diese Kenndaten genau bekannt sein. Gleiches gilt sinngemäß für den im Verkauf tätigen Außendienst.

8 Erstellung von Bilanzen für umweltbelastende Stoffe durch die Unternehmen: Der Materialfluß sollte sowohl betriebsintern (für Vor-, Zwischen- und

Endprodukte) als auch extern im Marktbereich (Anwendung der Endprodukte und deren Verbleib in der Umwelt) bilanziert werden, da Stoffbilanzen eine Grundvoraussetzung zur Abschätzung stoffbedingter Gefährdungen für Mensch und Umwelt sind.

9 Von der nichtbestimmungsgemäßen Verwendung bestimmter Produkte gehen erhebliche Belastungen für Mensch und Umwelt aus. Soweit dies vorhersehbar ist, sollte alles unternommen werden, um diesen Mißbrauch zu begrenzen.

Möglichkeiten hierzu bieten beispielsweise die bereits erwähnte Transparenz in der Kennzeichnung, die ausdrückliche Warnung vor bestimmten Eigenschaften, Hinweise auf eine verbraucherfreundliche und sachgerechte Entsorgung, verstärkte Information/Schulung und auch die Art der Verpackung (z. B. kindersichere Verschlüsse).

10 Mitarbeiter können selbst viel zur Vermeidung von Gefährdungen für Mensch und Umwelt beitragen. Vorschläge für umweltorientierte Lösungen sind durch entsprechende innerbetriebliche Schulungs- und Anreizsysteme zu fördern (Prämien, regelmäßige Information und Weiterbildung).

11 Zu einer umweltorientierten Unternehmensführung gehört eine unabhängige und praxisorientierte Umweltberatung. Die Selbsthilfeeinrichtungen der Wirtschaft zur industriellen Umweltberatung in Industrie und Handwerk sind zu unterstützen.

12 In die bestehenden technisch-naturwissenschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Studiengänge sollten die Aspekte einer umweltorientierten Unternehmensführung integriert bzw. im Rahmen von Kontaktstudiengängen angeboten werden (Umweltberater für Industriebetriebe).

13 Checklisten können vor allem der mittelständischen Wirtschaft die Einführung einer umweltorientierten Unternehmensführung erleichtern. Sie sollten deshalb verstärkt angeboten werden. Bereits bestehende Checklisten sollten weiterentwickelt und für Computerauswertungen standardisiert werden.

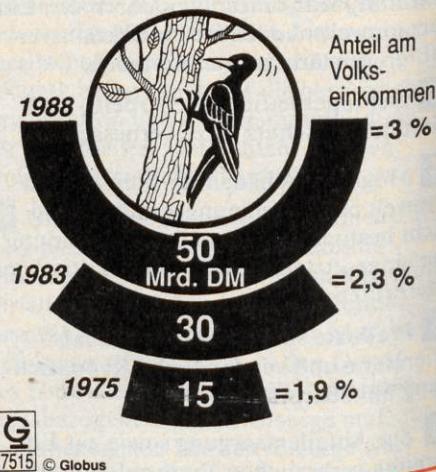
14 Bestehende Kooperationen zwischen dem Bundesdeutschen Arbeitskreis für umweltbewußtes Management e.V. (B.A.U.M.), future, dem Rationalisierungs-Kuratorium der deutschen Wirtschaft e. V. (RKW), dem Institut für gewerbliche Wasserwirtschaft und Luftreinhaltung e. V. (IWL) u.a. dienen der schnelleren Verbreitung von Informationen über die Chancen einer umweltorientierten Unternehmensführung und sollten gefördert werden (z. B. Arbeitskreise über umweltrelevante Themen, Umweltforen u.a.).

15 Die Unternehmen müssen sich stärker als bisher auf die beginnende Diskussion über eine Ausweitung der Umweltberichterstattung einstellen. Ähnlich wie in Japan wird in Zukunft der Schadstoffausstoß der Unternehmen vermehrt mit automatischen Meßgeräten überwacht werden. Außerdem werden in größerem Umfang die zulässigen Schadstoffwerte und der tatsächliche (gemessene) Schadstoffausstoß der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden. Diese zusätzlichen Anforderungen bieten für die Unternehmen auch Chancen, wenn sie sich darauf rechtzeitig mit möglichst effizienten, kostengünstigen Umweltschutztechniken und anderen Maßnahmen einstellen.

16 Wir brauchen eine schnelle Einführung der Methoden einer umweltorientierten Unternehmensführung bei der öffentlichen Hand / staatlichen Beschaffungsstellen (Länder- und Bundesbehörden, Kommunen, Post, Bahn, Bundes-

Was kostet Umweltschutz?

Jährliche Kosten von Umweltschutz-einrichtungen in der BR Deutschland
(Betriebskosten und Zinsen)



Umweltschutz gibt's nicht umsonst. Den Menschen eine lebenswerte Umwelt sichern, die Natur schützen, sparsamen Umgang mit Rohstoffen fördern, Umweltschäden beheben — für diese Aufgaben wurden in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahr 50 Milliarden DM ausgegeben; das waren drei Prozent des Volkseinkommens.

wehr, öffentlich kontrollierten Unternehmen). Wenn der mit Abstand größte Nachfrager im gesamten Beschaffungswesen (einschließlich Fuhrpark, Neubauten, Instandhaltungen, Kantinenwesen) neben den Fragen wie Preis, Leistung, Qualität und Lieferzeit auch ökologische Aspekte (unter anderem Umweltverträglichkeit, Lebensdauer, Entsorgung) einbezieht, ergeben sich Impulse für die Entwicklung und den Einsatz umweltschonender Produkte / Verfahren / Dienstleistungen. Die öffentliche Hand kann hier eine wichtige Vorbildfunktion übernehmen und zur Nachahmung beitragen.

Wirtschaft im Aufwind

1989: 300 000 Arbeitsplätze mehr

300 000 neue Arbeitsplätze in diesem Jahr – dies prognostiziert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) für 1989.

Seit 1983 wurden über 900 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen. In diesem Jahr überschreiten wir die Millionengrenze.

Wirtschaftsexperten bestätigen: Alle Signale stehen auf Aufschwung:

» **Das Wachstum geht in sein siebtes Jahr:** »Die Aufwärtsbewegung, die Ende 1982 begonnen und sich seither ohne Spannungen fortgesetzt hatte, geht in ihr siebtes Jahr.« (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1989)

» **Der Export läuft:** »Für das konjunkturelle Klima in der Bundesrepublik war in den vergangenen Monaten von wesentlicher Bedeutung, daß sich der Exportboom ungebrochen fortsetzte. Insbesondere die heimische Industrie verzeichnete weiterhin eine Flut von Auslands-

bestellungen.« (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1989)

» **Investitionen steigen:** »Die kräftige Investitionsneigung der Wirtschaft spiegelt sich in der Zunahme der Nachfrage nach Ausrüstungsgütern und nach gewerblichen Bauleistungen wider.« (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Februar 1989)

Die SPD macht nur mies. Sie versteht nichts von der Wirtschaft. Das beweisen ihre politischen Prognosen. SPD-Vogel:

- »Weltwirtschaftliche Krisensituation« (10. 12. 1987, im Deutschen Bundestag)
- »akutes Rezessionsrisiko« (24. 11. 1987, im Deutschen Bundestag)
- »Investitionen erlahmen« (24. 11. 1987, im Deutschen Bundestag)

Die deutsche Wirtschaft ist so stark wie nie zuvor. Heute schon sind wir die stärkste Handelsmacht in Europa, und der EG-Binnenmarkt bringt neuen Schwung in die Wirtschaft!
Gute Aussichten für die Deutschen.

CDU

Die Zukunft

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Ganz neu: Unsere Abfalltüte für das Auto

Sauber reisen ohne Grenzen!



Im Umweltschutz sind wir die Nr. 1 in Europa. Auch rund ums Auto heißt das: Mit gutem Beispiel vorangehen, ob nun beim Katalysator oder beim bleifreien Tanken.

Auch unterwegs gilt: Umweltschutz fängt bei den kleinen Dingen an, z.B. beim Abfall.

Nutzen Sie diesen Papierbeutel. Klebestreifen abziehen, andrücken — und schon ist im Wagen das Abfallproblem gelöst.

Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Mindestabnahme:
24,— DM zzgl. MwSt.
Bestell-Nr.: 9118

Bestellungen an: IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold

UID

7/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion**: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag**: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb**: Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung**: Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung**: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Herstellung**: VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.